

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Staatspolitische Kommission
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
spk.cip@pd.admin.ch

An die Kantonsregierungen

28. Februar 2007

03.401 Parlamentarische Initiative. Einführung eines Finanzreferendums: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat am 16. Februar 2007 das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **31. Mai 2007**.

Mit der Vorlage soll ein Finanzreferendum auf Bundesebene eingeführt werden. Neu sollen Verpflichtungskredite, welche neue einmalige Ausgaben von mehr als 200 Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben ab 20 Millionen Franken vorsehen, dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

In der Beilage erhalten Sie den Vorentwurf für einen entsprechenden Erlass der Bundesversammlung mit einem erläuternden Bericht sowie einen Fragekatalog. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

bezogen werden.

Wir bitten Sie höflich, Ihre Stellungnahme bis zum genannten Zeitpunkt an folgende Adresse zu richten: **Eigenössische Finanzverwaltung, Rechtsdienst, Bundesgasse 3, 3003 Bern.**

Mit freundlichen Grüssen

Andreas Gross, Kommissionspräsident



Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d,f,i)

ZH, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG: d

VD, NE, GE, JU: f

BE, FR, VS: d,f

TI: d,f,i

- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d,f,i)

- Fragekatalog